

Henning SCHIRMEL, Erlangen

## **Sedimentierte Unsicherheitsdiskurse – „Gefährliche“ Jugendliche in Berliner Großwohnsiedlungen<sup>1</sup>**

### **Summary**

Taking large housing estates in Germany as an example, this paper shows that the spatialisation of “dangerous” youngsters takes place with reference to specific urban quarters as a part of a powerful discourse of security. By means of a research design in discourse theory by LACLAU and MOUFFE, it is shown that large housing estates are constituted as threatening places and as places of foreignness located “outside” the “proper society”. In the discourse on large housing estates young people emerge as the social “other”. Empirically, the study is based on an analysis of a major national newspaper and of a text-corpus of interviews of representatives of urban organisations in Berlin. Combining corpus linguistic lexicometric analysis with the analysis of articulation patterns, this paper explores the relevance of dangerous youngsters for the discursive constitution of a identity of a proper society. Furthermore, it reveals specific established (area-based) policies handling dangerous youngsters, which rearticulate the discursive constitution of identity.

### **1 Einleitung: Verräumlichungen einer „gefährlichen“ Jugend in der Stadt**

Jugendliche werden in Deutschland seit den 1980er Jahren in der medialen, politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung vielfach in Verbindung mit Gewalt und Kriminalität gebracht. Dabei wird Jugendgewalt und -delinquenz besonders vor dem Hintergrund sozialer, ökonomischer, politischer und kultureller Ausgrenzungsprozesse diskutiert sowie verstärkt mit bestimmten (Stadt-)Räumen verschränkt (OTTERSBAACH u. ZITZMANN 2009, 7f.). Als Teil eines machtvollen Sicherheitsdiskurses vollzieht sich die Verräumlichung einer „problematischen“ und „gefährlichen“ Jugend vor allem mit Bezug auf bestimmte „marginalisierte“ Stadtquartiere, wie beispielsweise innenstädtische Altbauquartiere wie der Berliner Stadtteil Neukölln oder randstädtische Großwohnsiedlungen wie etwa Berlin-Marzahn oder Köln-Chorweiler (BRAILICH et al. 2010; FLADE 1996; OTTERSBAACH 2004). Nicht zuletzt durch die Medienberichterstattung über die Banlieue-Unruhen im Jahre 2005 in Frankreich sind auch in Deutschland besonders Jugendliche in Großsiedlungen des industriellen Wohnungsbaus in den Fokus der öffentlichen Auseinandersetzungen gerückt. Großwohnsiedlungen sind dabei vielfach Gegenstand von Grenzziehungen zwischen Sicherem und Unsicherem oder zwischen

<sup>1</sup> Für hilfreiche Kommentare und Anregungen zu diesem Beitrag bedanke ich mich bei Méline Germes, Adam Brailich, Jörg Mose und Georg Glasze.

Eigenem und Anderem, werden oftmals mit „sozialen Brennpunkten“ oder „Ghetos“ gleichgesetzt und als unsichere Orte konstituiert. Dabei erscheinen Jugendliche vielfach als das gefährliche, von den gesellschaftlichen Normen abweichende Andere (BRAILICH et al. 2008).

In Anlehnung an jüngere diskurstheoretisch orientierte Arbeiten in der Humangeographie gehe ich davon aus, dass sowohl Räume als auch die mit ihnen verschränkten Identitäten Ergebnis eines diskursiven Konstitutionsprozesses sind. Räume erhalten ihre Bedeutung durch die Verknüpfung von räumlichen (hier/dort) mit sozialen Differenzierungen (sicher/unsicher, innen/außen, vertraut/fremd, etc.). Diese Verräumlichungen haben starke gesellschaftliche Auswirkungen, da sie die soziale Wirklichkeit in Einheiten teilen, damit raumbezogene Identitäten, Feind- und Fremdbilder etablieren, die wiederum auf unterschiedlichen Ebenen handlungsrelevant sein können (GLASZE u. MATTISSEK 2009, 16). So werden beispielsweise in politischen Organisationen solche Verräumlichungen an bestimmte politische Forderungen geknüpft.

Ausgangspunkt humangeographischer Diskursforschung ist, dass (raumbezogene) Bedeutungen als kontingent und temporär betrachtet werden, welche sich durch die Anordnung und Beziehung von Elementen in Zeichensystemen konstituieren (GLASZE u. PÜTZ 2007). Dabei greifen sprachliche Rahmungen, institutionelle Aspekte, alltägliche Praktiken und materielle Arrangements in spezifischen Diskursen ineinander. So auch in Sicherheitsdiskursen, die machtvolle Rahmungen gesellschaftlichen Handelns darstellen, indem sie bestimmte Praktiken ermöglichen und andere ausschließen (GLASZE u. MATTISSEK 2009, 19). Eng miteinander verbunden sind darin sprachliche Legitimationen und institutionelle Praktiken der Sicherheitsproduktion, wie bspw. die Zugangskontrolle einzelner Personengruppen zu bestimmten Orten (BELINA 2006; GLASZE et al. 2005). Die institutionellen Aspekte eines Diskurses bezeichne ich in diesem Beitrag als soziale Effekte<sup>2</sup> von Diskursen, als „sedimentierte Diskurse“ (LACLAU u. MOUFFE 1985). Diese koordinieren Subjekte, leiten sie zu bestimmten Handlungen an bzw. legitimieren bestimmte (Sicherheits-)Politiken.

Im Vordergrund dieses Beitrags stehen zwei zentrale Fragestellungen:

1. Wie werden Großwohnsiedlungen und Jugendliche diskursiv miteinander verschränkt und welche Identitäten werden dabei konstituiert?
2. Welche Sicherheitspolitiken und institutionellen Praktiken werden dadurch in städtischen Organisationen legitimiert?

Bevor diese beiden Fragen anhand empirischer Ergebnisse<sup>3</sup> beleuchtet werden, mache ich einige Ausführungen zu grundlegenden theoretischen Aspekten der Diskurstheorie von LACLAU und MOUFFE sowie einigen weiterführenden Überle-

<sup>2</sup> Soziale Effekte werden im Anschluss an den universalen Diskursbegriff bei LACLAU und MOUFFE als Teil eines Diskurses verstanden (s.u.). Mit der Analyse von sozialen Effekten von Diskursen möchte ich der oft geäußerten Kritik an diskurstheoretischen Ansätzen zu begegnen, sie verblieben lediglich auf der Ebene der sprachlichen Konstitution von Wirklichkeit.

<sup>3</sup> Die empirischen Befunde stellen Teilergebnisse einer umfangreichen Studie dar, die ausführlich die Verschränkung von (Un-)Sicherheitsdiskursen und Großwohnsiedlungen untersucht. Das Dissertationsprojekt ist eingebunden in das übergeordnete internationale Forschungsprojekt mit dem Titel „(Un-)Sicherheitsdiskurse und Stadtentwicklung im erweiterten Europa: Regionalisierung und Kontextualisierung am Beispiel Deutschlands, Frankreichs und Polens“ (s. auch BRAILICH et al. 2008; BRAILICH et al. 2010).

gungen zur Konzeption von diskursiven Institutionen. Daran anschließend stelle ich anhand einer kombinierten Analyse von Medien und städtischen Institutionen eine Form der methodischen Umsetzung der Analyse von sedimentierten Diskursen vor. Die Ergebnispräsentation erfolgt in zwei Etappen: Erstens wird die diskursive Verschränkung von Großwohnsiedlungen und Jugendlichen in überregionalen Printmedien aufgezeigt. Fokussiert werden dabei diejenigen gesellschaftlich hegemonalen Artikulationsmuster, die Jugendliche als „gefährlich“ konstituieren. Im zweiten Teil geht es darum, sich einer Analyse von den sozialen Effekten des Diskurses anzunähern. Dazu zeige ich Ergebnisse einer Analyse sprachlicher Artikulationen in städtischen Institutionen. Als Fallbeispiele dienen die beiden Berliner Großsiedlungen Gropiusstadt und Marzahn.

## **2 Diskursive Institutionen als soziale Effekte von Diskursen – theoretische Anmerkungen**

Der Begriff der Institution wird weder im alltäglichen noch im sozialwissenschaftlichen Gebrauch eindeutig verwendet und oftmals mit dem der Organisation gleichgesetzt. Die unterschiedlichen institutionentheoretischen Ansätze in den Sozialwissenschaften bezeichnen Institutionen als soziale Regelsysteme, die bestimmte soziale Ordnungen hervorrufen (KNEER 2008). Dabei formulieren sie die Abhängigkeit des Verhaltens von Akteuren von den sie umgebenden Strukturen. Im Gegensatz zu den traditionellen institutionentheoretischen Ansätzen<sup>4</sup> versucht die Diskurstheorie die Dichotomisierung von Struktur und Akteur aufzubrechen. Sie hebt auf die Dynamik, Brüche und Instabilität von Strukturen und Akteuren ab. Nicht nur Strukturen sind veränderlich, sondern auch Akteure mit ihren Intentionen und Zielen (HANSEN u. SORENSEN 2005; SORENSEN u. TORFING 2007). Am Ausgangspunkt der Analyse steht dabei nicht ein autonomes Subjekt, dem es gelingt seine Ziele durchzusetzen und dadurch Macht gegenüber einem anderen Akteur auszuüben<sup>5</sup>. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass Subjekte diskursiv hergestellt werden, indem Sie sich mit im Diskurs konstituierten Positionen<sup>6</sup> identifizieren (LACLAU u. MOUFFE 1985).

Die Hegemonietheorie geht davon aus, dass Identitäten nicht auf einen wesentlichen Kern zurückgeführt werden können, sondern lediglich durch die relationale Positionierung innerhalb einer Signifikantenkette Bedeutung erhalten. Die Kon-

---

<sup>4</sup> Die unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Institutionentheorien haben ihre Ursprünge vor allem in den Organisations-, Wirtschafts- und Politikwissenschaften. Innerhalb dieser unterschiedlichen Ansätze existiert eine Vielzahl an Theoriemodellen und Konzepten. Hier soll nicht der Eindruck entstehen, die Kritik an einem „klassischen“ Institutionenbegriff sei nur im Kontext diskurstheoretischer Theoriebildung erfolgt. Die von einer Vielzahl von Ansätzen in der Institutions- und Organisationsforschung erfolgte Kritik und Zurückweisung eines klassischen Institutionenbegriffs findet jedoch in diskurstheoretischen und poststrukturalistischen Ansätzen eine Fortführung und Radikalisierung (KNEER 2008, 126).

<sup>5</sup> Der Begriff des Akteurs wird gemieden, da durch ihn ein aktives Moment aus sich selbst heraus formuliert wird.

<sup>6</sup> Das poststrukturalistische Konzept von Subjekten hinterfragt die herkömmliche Vorstellung des autonom handelnden Subjekts, das sich durch eine einheitliche Identität auszeichnet. Eine Identität steckt die Möglichkeiten des Sagbaren und des Machbaren in einer Gesellschaft ab. Diese Positionen werden von den Diskursen bereitgestellt und durch die Subjekte reproduziert.

stitution von kollektiven Identitäten vollzieht sich dabei als ein Prozess, der eine Äquivalenzkette zwischen differenten Elementen um einen Knotenpunkt ausbildet und damit die Differenzen innerhalb eines Diskurses aufhebt. Gleichzeitig wird bei der Herstellung kollektiver Identitäten ein Antagonismus gegenüber einem konstitutiven Außen etabliert (LACLAU u. MOUFFE 1985).

Die Bedeutungsherstellung durch das In-Beziehung-setzen von Elementen bezeichnen Laclau und Mouffe als „Artikulation“. Ein Diskurs wird schließlich durch die ständige Artikulation temporär fixiert. Zeitlich verfestigte und besonders wirkungsmächtige Diskurse, die bestimmte Bedeutungen naturalisieren, d.h. sie in gewisser Weise als natürlich gegeben erscheinen lassen, bezeichnen LACLAU und MOUFFE als hegemonialen Diskurs. Die Besonderheit ihres Diskursbegriffs liegt darin, dass sich dieser sowohl auf sprachliche als auch auf nicht-sprachliche Elemente bezieht, wie z.B. soziale Beziehungen, die in Form von Artikulationsmustern Bedeutung fixieren (LACLAU u. MOUFFE 1985).

Im Zusammenhang mit diesen Überlegungen bezeichnet LACLAU Institutionen als eine besonders dauerhafte Form diskursiver Fixierung, als sedimentierte Diskurse. Institutionen lassen sich als „Felder in Diskursen [beschreiben], die durch „relative Fixiertheit“ gekennzeichnet sind“ (NONHOFF 2006, 180). Institutionen sind verfestigte Artikulationsmuster, in denen über einen längeren Zeitraum diskursive Elemente immer wieder in Beziehung gesetzt werden (NONHOFF 2006). Diese für eine Analyse etwas unpräzisen Ausführungen bezüglich der Unterscheidung von Diskurs und Institutionen, möchte ich schärfen, indem der Begriff der Institution nicht auf sprachliche Artikulationen bezogen wird, sondern auf die Ebene der sozialen Beziehungen zwischen Subjekten, die dadurch in Beziehung gesetzt werden, dass sie gemeinsam artikulieren. Daher sind für die Konstitution von Institutionen die im Diskurs bereitgestellten Positionen besonders relevant, die als Identifikationsangebote für gemeinsam artikulierende Subjekte fungieren. Dabei unterscheidet ich zwei Formen von institutionalisierten Gruppensubjekten:

1. Organisationen: In Organisationen artikulieren Subjekte durch ihre Mitgliedschaft gemeinsam. Organisationen konstituieren des Weiteren bestimmte Sprecherpositionen, von denen aus im Namen der Gruppe artikuliert wird.
2. Diskurskoalitionen (HAJER 1993): Dies sind weniger stabile und überorganisationale Formen von Gruppensubjekten, in denen Subjekte und Organisationen für die gemeinsame Artikulation rekrutiert werden (z.B. soziale Bewegungen).

Mit diesen zwei Formen von Institutionen lassen sich entsprechend gesellschaftliche Kräfte identifizieren, die einen hegemonialen Diskurs und die darin hergestellten Identitäten stützen, die weitere (sprachliche, als auch nicht-sprachliche) artikulierende Praxis beeinflussen und dadurch zur Verfestigung bestehender Machtverhältnisse beitragen. Institutionen befinden sich dabei in einem permanenten Artikulationsprozess zwischen offener Struktur und temporärer Schließung (NONHOFF 2006). Die Untersuchung von Institutionen und die Aufdeckung ihrer diskursiven Beschaffenheit liefert insofern wichtige Hinweise über die Fixierung und den Wandel sozialer Wirklichkeit sowie über Formen gesellschaftlicher Koordinierung.

### 3 Untersuchung sprachlicher Artikulationen in Medien und städtischen Organisationen

Im Rahmen einer Analyse der diskursiven Verschränkung von Jugendlichen und Großwohnsiedlungen und der damit einhergehenden Herstellung kollektiver Identitäten untersuche ich sprachliche Artikulationen in Texten, in denen von einflussreichen und diskursiv legitimierten Sprecherpositionen im Namen eines „Wir“ einer Gesellschaft gesprochen wird (ähnlich argumentieren auch GERMES u. GLASZE 2009) – erstens in Medien und zweitens in städtischen Organisationen.

Im Rahmen der Printmedienanalyse wurde in einem ersten Schritt die diskursive Verschränkung von Jugendlichen mit Großwohnsiedlungen anhand lexikometrischer Verfahren untersucht. Lexikometrische Verfahren ermöglichen die quantitative Analyse von sprachlichen Verknüpfungen und damit eine empirische Erschließung der temporären Bedeutungsfixierungen durch den Prozess der Artikulation (zu Verwendung von lexikometrisch-korpuslinguistischen Verfahren in der Diskursforschung s. BAKER et al. 2008; BUBENHOFER 2008; DZUDZEK et al. 2009). Aus einem umfangreichen digitalen Textkorpus mit allen Artikeln der Süddeutschen Zeitung der Jahrgänge 1994 bis 2006 ließen sich zunächst diejenigen Begriffe und Themenfelder herausarbeiten, die charakteristisch für die Bedeutungskonstitution von Großwohnsiedlungen sind. Des Weiteren wurden die Charakteristika der Teilkorpora (Schlüsselbegriffe) ost- und westdeutscher Großwohnsiedlungen herausgearbeitet und auf die Verschränkung mit Themen und Begriffen der Unsicherheit untersucht. Anhand der Eigennamen von Großwohnsiedlungen mit mehr als 2.500 Wohneinheiten wurde zunächst ein Teilkorpus gebildet und mit dem Referenzkorpus aller Artikel der Süddeutschen Zeitung verglichen. Da sich im Laufe der Analyse zeigte, dass die Konstitution von Großwohnsiedlungen mit einer historischen Ost-West-Differenzierung einhergeht, wurden zudem zwei Teilkorpora mit den namentlich genannten ost- und westdeutschen Großwohnsiedlungen gebildet, um eine größere analytische Schärfe zu gewährleisten<sup>7</sup>. Innerhalb dieser Teilkorpora wurden anschließend die Kookkurrenzen des Lexems<sup>8</sup> *Jugendliche*\* bestimmt, um deren Bedeutungskonstitution einer vertiefenden Betrachtung unterziehen zu können.

Da die Bedeutungskonstitution jedoch nicht nur durch die Verknüpfung einzelner Wörter und Wortfolgen, sondern vor allem im Rahmen komplexer symbolischer Verweissysteme erfolgt, die mit lexikometrischen Verfahren nicht vollständig erfasst werden können (GLASZE et al. 2009), wurde anschließend anhand qualitativ-interpretativer Verfahren eine Analyse von Artikulationsmustern durchgeführt. Diese dient dazu, die Qualität der regelmäßigen Beziehungen zwischen den Elementen herauszustellen – bspw. Beziehungen der Äquivalenz, Opposition, der Kausalität oder Temporalität (SOMERS 1994) – und damit schließlich auf die Regeln

<sup>7</sup> Dabei wurde auf eine Liste des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung zurückgegriffen (Deutscher Bundestag 1994). Eine aktuellere Bestandserhebung liegt gegenwärtig nicht vor.

<sup>8</sup> Das Lexem ist die kleinste semantische Einheit. Es bezeichnet eine Menge von Wörtern, welche alle Flexionsformen des gleichen Grundwortes darstellen, d.h. sich nur in bestimmten morphosyntaktischen Merkmalen (Kasus, Numerus, Tempus usw.) unterscheiden. So gehören z.B. die verschiedenen Flexionsformen eines Substantivs oder Verbs zum selben Lexem (laufen, läuft, läuftst = ein Lexem; laufen, Läufer = zwei Lexeme). Bei der Verwendung eines Lexems mit unterschiedlichen Flexionsformen wird zukünftig ein Wort mit einem \* gekennzeichnet.

diskursiver Formationen schließen zu können (MATTISSEK 2008).

Im Rahmen der Analyse städtischer Organisationen wurden Interviews mit führenden Vertretern ausgewählter Berliner Organisationen durchgeführt, die auf die beiden Großwohnsiedlungen Gropiusstadt und Marzahn abzielen. Die Berliner Großsiedlungen Gropiusstadt und Marzahn sind auf unterschiedliche Art und Weise Gegenstand diskursiver Grenzziehungen zwischen sicheren und unsicheren Räumen. Marzahn war vor der Wende in der DDR das Aushängeschild sozialistischer Stadtentwicklung. Dieses Bild scheint sich grundlegend geändert zu haben. Der Ostberliner Stadtteil wird seit der Wiedervereinigung zunehmend als „verarmt“ und „unsicher“ beschrieben (KABISCH u. BERNT 2006). Die Siedlung Gropiusstadt, die im Zeitraum von 1962 bis 1975 im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus im Westberliner Bezirk Neukölln errichtet wurde, wird bereits seit den 1975er Jahren – nicht zuletzt dem Erfolg des Buches „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“ und seiner erfolgreichen Verfilmung geschuldet – immer wieder als Problemviertel und Angstraum beschrieben (FEDERBUSCH 1997). Für die Analyse wurde ein offener Textkorpus aus 30 Interviews hergestellt, die mit führenden Vertretern von Organisationen<sup>9</sup> der Stadt- und Sicherheitspolitik, Vertretern städtischer Organisationen der Bereiche Stadtentwicklung, Sicherheit sowie der Jugendhilfe unterschiedlicher politisch-administrativer Ebenen geführt wurden. Darüber hinaus wurden Dokumente (u.a. integrierte Handlungskonzepte, Berichte und Protokolle) dieser Organisationen mit in die Analyse einbezogen. Der Textkorpus wurde mit qualitativ-interpretativen Verfahren auf regelmäßige Verknüpfungen bestimmter sprachlicher Elemente hin ausgewertet (zur Operationalisierung und Anwendung kodierender Verfahren in der Diskursforschung s. GLASZE et al. 2009).

Anhand von Belegziten werden im zweiten Teil der Ergebnispräsentation die in den Texten der Sprecherpositionen identifizierten sprachlichen Artikulationsmuster aufgezeigt, die Jugendliche in Großwohnsiedlungen als „gefährlich“ konstituieren und damit als Legitimation für bestimmte Sicherheitspolitiken und institutionelle Praktiken dienen. Im anschließenden ersten Teil werden nun die Ergebnisse der lexikometrischen und qualitativ-interpretativen Printmedienanalyse präsentiert.

#### **4 Die Konstitution von „gefährlichen“ Jugendlichen in Großwohnsiedlungen in Printmedien**

Die Ergebnisse der lexikometrischen Analyse zeigen zunächst die diskursiven Kontexte, in die Großwohnsiedlungen gestellt werden. Abbildung 1 zeigt diejenigen Schlüsselbegriffe, die überwahrrscheinlich häufig im Teilkorpus auftreten und deshalb als charakteristisch für die Konstitution von Großwohnsiedlungen erachtet werden können, da sie Großwohnsiedlungen mit Bedeutung aufladen. Je näher die Wörter zum Zentrum der Abbildung stehen, desto signifikanter sind diese<sup>10</sup>. Die

<sup>9</sup> Die Auswahl der Organisationen erfolgte im Anschluss an die Ergebnisse der Medienanalyse der Bedeutungskonstitution von Großwohnsiedlungen als unsichere Orte, in der die gesellschaftlichen Bereiche Jugend, Kriminalität und Sicherheit, Stadtpolitik und -planung sowie Wohnungswesen eine bedeutende Stellung einnehmen (BRAILICH et al. 2008).

<sup>10</sup> Das lexikometrische Analyseprogramm Word Smith Tools berechnet als Signifikanz der Schlüsselbegriffe einen sogenannten keyness-Wert. Im Rahmen der Berechnung wird ein Signifikanz-Test auf der



Die Abbildung macht deutlich, dass der Schlüsselbegriff *Jugendliche*<sup>12</sup> neben den Begriffen *Kinder*, *Stadtteil* oder *Stadt* eine zentrale Stellung im Großwohnsiedlungsdiskurs einnimmt. Daneben treten die Wörter *Jugendliche*, *Jugend* und *Jugendgruppen* signifikant häufiger im Teilkorpus auf sowie die Komposita *Jugendzentrum*, *Jugendarbeit*, *Jugendhilfe*, *Jugendamt* oder *Jugendeinrichtung*, die dem Themenfeld des Sozialen zuordnet sind. Anhand dieser ersten lexikometrischen Analyse wird die diskursive Verschränkung von Großwohnsiedlungen mit Jugendlichen bereits deutlich.

#### 4.1 *Jugendliche als fürsorgebedürftige Problemgruppe*

Die genannten Schlüsselbegriffe *Jugendarbeit*, *Jugendhilfe*, *Jugendfürsorge* etc. verweisen darauf, dass Jugendliche verstärkt als Gegenstand (sozial-staatlicher Fürsorge hergestellt werden, wie folgendes Zitat verdeutlicht: „Darin bieten Sozialpädagogen<sup>13</sup> und Erzieher den Heranwachsenden Hilfe zur Lebensbewältigung an, etwa bei Beziehungsproblemen oder Ärger mit den Eltern. Gerade im nördlichen Hasenberg sind derartige Einrichtungen besonders wichtig. So leben Jugendliche oft in Familien mit bis zu zwölf Familienmitgliedern, in Unterkunftsanlagen und Sozialwohnungen. Armut und Langeweile sorgen sehr oft für Probleme.“ (KRONEWITER 1997)

Jugendliche erscheinen hier verknüpft mit der Großwohnsiedlung Hasenberg als eine sozial benachteiligte und problematische Gruppe, die bestimmter erzieherischer Unterstützung und disziplinierender Maßnahmen bedarf, die über die schulische Erziehung hinaus gehen.

Die in der lexikometrischen Analyse ermittelten Schlüsselbegriffe *Jugendkriminalität* und *Jugendgewalt* verknüpfen des Weiteren Jugendliche direkt mit Gewalt und Kriminalität und konstituieren diese als gefährliche oder bedrohliche Gruppe (s. Abb. 1). Im Rahmen der Analyse der Bedeutungskonstitution von Großwohnsiedlungen zeigt sich interessanterweise, dass „Jugendliche“ in ost- und westdeutschen Großwohnsiedlungen auf unterschiedliche Weise konstituiert werden.

#### 4.2 *Ostdeutsche Großwohnsiedlungen: rechte Jugendliche*

Die Abbildung 2 verdeutlicht die unterschiedliche Bedeutungskonstitution anhand der errechneten Kookkurrenzen des Lexems *Jugendliche*\* in den unterschiedlichen Kontexten ost- und westdeutscher Großwohnsiedlungen. Als Kookkurrenzen werden diejenigen Wörter bezeichnet, die mit einer gewissen Signifikanz in der Umgebung eines bestimmten Wortes überwahrscheinlich häufig auftreten. In den Abbildungen sind folglich diejenigen Wörter nach Themenfeldern angeordnet, die in der Umgebung vom Lexem *Jugendliche*\* signifikant häufiger auftreten und somit Jugendliche mit Bedeutung aufladen<sup>14</sup>.

<sup>12</sup> Im Folgenden werden zur besseren Nachvollziehbarkeit die berechneten Schlüsselbegriffe kursiv hervorgehoben.

<sup>13</sup> Zur besseren Nachvollziehbarkeit der Analyse der sprachlichen Verknüpfungen werden die für die jeweilige Argumentation wichtigen Elemente grau markiert.

<sup>14</sup> Die Kookkurrenzen wurden ebenfalls mit dem Programm WordSmith unter Verwendung des Signifi-



wie bspw. *rechtsextreme*, *rechtsradikale* oder *Gewalt*. Das folgende Zitat verdeutlicht diese Verschränkung von rechter Gewalt, Jugendlichen und Großwohnsiedlungen: „Sozialarbeiter sind ratlos bis resigniert – in Plattenbausiedlungen wie dem Heckert in Chemnitz sind die meisten **Cliquen** irgendwie rechts und schlagfertig. ... **Cliquen** wie die von René ... und den 30 anderen **Jugendlichen** gibt es in fast allen ostdeutschen Trabantenstädten. ... Hier spüren Polizei und Sozialarbeiter besonders heftig die Folgen einer Entwicklung, die sich in vielen ostdeutschen Städten abzeichnet: die **Kriminalitätsrate unter Jugendlichen** steigt deutlich an, immer häufiger kommt es zu **brutalen Gewaltakten**, oft verübt von **Banden**.“ (SCHNEIDER 1999)

Im Zusammenhang mit der Verknüpfung von Jugendlichen mit rechtsextremer Gewalt stehen zudem Begriffe der Fremdheit bzw. der ethnisch-kulturellen Differenzierung, die in Opposition zu Jugendlichen gesetzt werden. Dabei erscheinen vor allem *Vietnamesen* als Opfer rechter Gewalttaten (s. Abb. 2).

Das hegemoniale Artikulationsmuster der Bedeutungskonstitution gefährlicher, rechter Jugendlicher bildet sich durch das In-Beziehung-Setzen von Begriffen, die sich auf der einen Seite dem Themenfeld Rechtsextremismus und auf der anderen Seite dem des Sozialen, bzw. sozialer Exklusion und Arbeitslosigkeit zuordnen lassen. So werden sozial und ökonomisch benachteiligte Jugendliche als besonders empfänglich für rechtsextremistische Positionen konstituiert. Die Süddeutsche Zeitung schreibt etwa: „Besonderen Wert legen sie auf die Feststellung, dass zwar auch Gymnasiasten **Nachholbedarf an politischer Bildung** haben, vor allem aber die **randständigen Jugendlichen**, die keine Chance auf **ökonomisch** motivierte Abwanderung haben. Aus Angst um ihre Chancen seien sie besonders anfällig für **rechts-extremistische Sprüche** ....“ (BOECKER 2002)

In diesem Zitat wird eine sozioökonomische Grenzziehung (randständigen, keine Chance auf ökonomisch motivierte Abwanderung) kausal mit einer gesellschaftspolitischen Differenzierung (rechtsextremistisch) verknüpft. Jugendliche werden so als (politisch) ungebildet und rechtsextrem und damit als Gefahr für eine demokratische Gesellschaft konstituiert.

#### 4.3 Westdeutsche Großwohnsiedlungen: fremde Jugendliche

Im Kontext westdeutscher Großwohnsiedlungen werden Jugendliche nicht mit rechter Gewalt verknüpft, sondern mit Begriffen die allgemein Gewalt und Kriminalität bezeichnen, wie etwa *Jugendkriminalität* oder *Gewaltbereitschaft*. Daneben werden die Jugendlichen vor allem mit Wörtern verknüpft, die sich den Themenfeldern Soziales, Arbeit und Fremdheit zuordnen lassen (s. Abb. 2). Im Gegensatz zur Konstitution der Jugendlichen ostdeutscher Großwohnsiedlungen werden Jugendliche hier nicht in Opposition zu Begriffen der ethnisch-kulturellen Differenzierung gesetzt. Vielmehr werden Jugendliche durch die Äquivalenzsetzung mit solchen Begriffen, als fremde Jugendliche hergestellt, die zudem mit Begriffen und Themen der sozialen Exklusion und Arbeitslosigkeit verknüpft werden, wie folgendes Zitat zeigt: „Aber **soziale Spannungen** und **Defizite in der Integration** haben wir auch.“ ... Außerdem sei die **Arbeitslosigkeit unter ausländischen Jugendlichen** doppelt so hoch wie unter **deutschen Gleichaltrigen**. ... Der Münchner Stadtteil **Hasenberg** gilt als einer der **sozialen Brennpunkte** ..., in denen Kinder und Jugend-

liche häufiger als andernorts unter **Frust** und **Perspektivlosigkeit** leiden.“ (O.V. 2005)

Jugendliche werden hier als integrationsbedürftige Jugendliche konstituiert und mit sozialer Exklusion, Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit äquivalent gesetzt. Gleichzeitig wird eine Dichotomie zwischen Deutschen und Ausländern konstituiert und die Großwohnsiedlung (hier der *Stadtteil Hasenberg*) von anderen Stadträumen (*andernorts*) abgegrenzt. Jugendliche erscheinen hier im Kontext westdeutscher Großwohnsiedlungen als marginalisiert, gefährlich und fremd.

#### 4.4 *Großwohnsiedlungen als Orte der Anderen*

Großwohnsiedlungen sind also Gegenstand von Grenzziehungen zwischen unsicheren und sicheren Räumen sowie sozialer Differenzierungen zwischen einem sozialem Innen (einem Eigenen) und einem sozialen Außen (einem Anderen). Dabei werden sie als „Orte des Anderen“ hergestellt und sind insofern Element der Konstitution einer Wir-Identität (BRAILICH et al. 2008). Dieses in Großwohnsiedlungen verräumlichte Andere wird, wie gezeigt, vor allem mit „gefährlichen Jugendlichen“ verknüpft. Die eigene „deutsche“ Wir-Identität wird dabei diskursiv entweder einem national, ethnisch und kulturell Anderen – im Falle westdeutsche Großwohnsiedlungen – oder einem sozialen und gesellschaftspolitisch Anderen gegenübergestellt – im Falle ostdeutscher Großwohnsiedlungen.

## 5 „Gefährliche“ Jugendliche in Berliner Organisationen – Städtische Ausdifferenzierungen des Diskurses

Die zuvor aufgezeigten Verräumlichungen von Unsicherheit sind nicht nur auf der Ebene der Medien relevant und machtvoll, sondern auch auf der Ebene städtischer Organisationen. Die Analyse sprachlicher Artikulationen in Organisationen ermöglicht es herauszuarbeiten, welche kollektiven Identitäten im Sprechen über Großwohnsiedlungen auf städtischer Ebene konstituiert werden, wodurch wiederum bestimmte (Sicherheits-)Politiken im Umgang mit „gefährlichen“ Jugendlichen legitimiert werden.

Die in der Medienanalyse herausgearbeitete Konstitution von „gefährlichen“ Jugendlichen wird in den untersuchten städtischen Organisationen der Stadt- und Sicherheitspolitik sowie der Jugendhilfe auf ähnliche Weise artikuliert. Im Vergleich mit der Ebene der Medien lassen sich jedoch einige Gemeinsamkeiten und Brüche im Diskurs herausarbeiten und somit Rückschlüsse auf mögliche besondere städtische Ausdifferenzierungen des Diskurses ziehen. Besonders auffällig ist die Artikulation von fremden und gefährlichen Jugendlichen in Organisationen beider Fallstudien, während die Thematisierung rechter Jugendgewalt in Zusammenhang mit der ostdeutschen Großwohnsiedlung Marzahn kaum erfolgt.

### 5.1 *Rechte Jugendliche – lokales Tabuthema Marzahner Stadtpolitik?*

In der Analyse zeigte sich, dass in den städtischen Organisationen, die auf Marzahn abzielen, rechte Jugendliche bzw. das Thema Rechtsextremismus allgemein nur selten artikuliert werden. Erst auf die gezielte Nachfrage des Interviewers wurde das Thema diskutiert. Dabei vollziehen sich die Artikulationen rechter Jugendlicher

auf der einen Seite mit Bezug auf die Vergangenheit. Rechte Jugendgewalt wird als ein Phänomen der 1990er Jahre beschrieben, wie folgendes Zitat mit einem Sozialarbeiter veranschaulicht: „Ich habe das schon hier mitbekommen, also rechte Hochburg usw. ... Das war auch damals ein relativ großes weitverbreitetes Problem in der Jugendszene. Das hat sich sicherlich geändert, obwohl immer noch das Etikett an dem Stadtbezirk [Marzahn] haftet.“ (Eigenes Interview – Jugendhilfe Marzahn)

Auf der anderen Seite wird rechte Jugendgewalt als ein von Außen zugeschriebenes Image artikuliert, wie eine Leiterin einer Jugendeinrichtung in Marzahn formuliert: „Dieser Bezirk [Marzahn] hat ja lange den Ruf, sehr rechts zu sein, ... was wir in der Realität so überhaupt nicht wiedergefunden haben, aber auf andere Art und Weise in den Medien dargestellt wird.“ (Eigenes Interview – Jugendeinrichtung Marzahn)

In diesen zwei Zitaten wird mit Verweis auf eine zeitlich zurückliegende Problematisierung eine Unterscheidung zwischen einem *Etikett* bzw. Image und *der Realität* vorgenommen und damit rechter Jugendgewalt eine geringe Relevanz zugeschrieben. Gleichzeitig lassen sich allerdings diskursive Sedimentierungen in der Form beobachten, dass in den letzten Jahren Organisationen herausgebildet haben, die durch die Artikulation „rechter Jugendlicher“ legitimiert werden, wie bspw. die im Jahre 2006 etablierte Bezirkliche Koordinierungsstelle Marzahn-Hellersdorf gegen demokratiegefährdende Phänomene und Rechtsextremismus (polis\*) oder der seit 2008 implementierte Lokale Aktionsplan Marzahn-Mitte für Vielfalt, Demokratie und Toleranz. Insofern scheint das Thema rechter Jugendgewalt in gewisser Weise soziale Relevanz zu besitzen, was sich allerdings eingeschränkt in sprachlichen Artikulationen äußert. Hier zeichnet sich ein Bruch zwischen sprachlicher und nicht-sprachlicher Artikulation rechter Jugendgewalt ab. Dieser Bruch könnte als Hinweis darauf gedeutet werden, dass rechte Jugendgewalt für die Sprecher der lokalen Organisationen Marzahns ein Tabuthema – also gesellschaftlich nicht Sagbares – darstellt.

### 5.2 *Fremde Jugendliche in der Gropiusstadt und Marzahn*

In allen untersuchten städtischen Organisationen werden sowohl mit Bezug auf Marzahn als auch auf die Gropiusstadt Jugendliche als fremd und deshalb gefährlich hergestellt. Dabei wird Fremdheit im Falle der Gropiusstadt besonders durch die Verknüpfung mit türkischen, arabischen und russlanddeutschen Jugendlichen hergestellt. Im Falle Marzahns erfolgt dies vor allem mit Bezug auf russlanddeutsche und vietnamesische Jugendliche.

Die Konstitution von Jugendlichen auf Ebene städtischer Organisationen erfolgt im Vergleich zur Medienanalyse komplexer und differenzierter. So werden Jugendliche nicht nur als Täter konstituiert, sondern erscheinen auch als bedrohte Opfer von Gewalt- und Straftaten, bzw. Unsicherheit. Die Differenzierung in Täter und Opfer geht dabei oftmals mit einer Differenzierung zwischen Deutschen und Ausländern bzw. Migranten einher wie im folgenden Zitat gezeigt wird: „Gruppen von Migrantenjugendlichen sind in der Gropiusstadt unterwegs, sie beeinträchtigen durch ihr andersartiges Aussehen und Verhalten das Sicherheitsgefühl der alt-

eingesessenen Gropiusstädter und der deutschen Jugendlichen.“ (BEZIRKSAMT 2006)

In diesem Zitat erscheinen Jugendliche als fremd, da sie ein andersartiges Aussehen und Verhalten besäßen, und deshalb als gefährlich. Die deutschen Jugendlichen werden dabei den *andersartigen*, fremden Jugendlichen als Opfer gegenüber gestellt. Durch die Unterscheidung von jugendlichen Tätern und Opfern werden sowohl eher repressive Politiken im Umgang mit jugendlichen Straftätern als auch präventive Maßnahmen legitimiert. Die Hinwendung zur Fokussierung der Viktimisierung geht seit den 1990er Jahren mit einer Ausbildung und Institutionalisierung eines machtvollen Präventionsdiskurses in Deutschland einher (SCHREIBER 2005 u. 2007). Wie in vielen anderen deutschen Kommunen hat sich auch in Marzahn-Hellersdorf ein Präventionsrat etabliert, der an die Artikulation von fremden und gefährlichen Jugendlichen gekoppelt ist, wie folgender Interviewausschnitt verdeutlicht: „... dass hier die Kriminalität und Jugenddelinquenz zunehmen würde, dass ist nicht der Fall. ... Allerdings die Schärfe der Delikte nimmt zu. ... und das ist natürlich ein Punkt, der uns zu schaffen macht. Wir haben jetzt einen Präventionsrat gebildet, ... die Migrationsbeauftragte ist [dabei] sehr wichtig, denn wir haben hier viele Probleme mit russlanddeutschen und vietnamesischen Jugendlichen.“ (eigenes Interview, Jugendamt Marzahn-Hellersdorf)

In der Aussage „Wir haben jetzt einen Präventionsrat gebildet“ wird auf diese Form sozialer Koordinierung durch gemeinsame Artikulation verwiesen. In dieser Äußerung steckt der Hinweis auf gemeinsam reproduzierte Artikulationsmuster unterschiedlicher Subjekte und Organisationen. Die Diskurskoalition setzt sich zurzeit aus Vertretern unterschiedlicher gesellschaftlicher Bereiche zusammen: Jugendhilfe, Schule, Justiz, Polizei, Integration, Gesundheit und Wirtschaft.

Fremde und gefährliche Jugendliche nehmen im Sprechen der städtischen Organisationen über verschiedene sozial-integrative und Sicherheitspolitiken also eine hegemoniale Stellung ein. Sie werden als zu fördernde und integrierende Subjekte konstituiert und sind insofern Legitimationsbedingung spezifischer Maßnahmen. Die diskursive Praktik der Legitimation von Politiken durch die Konstitution fremder und gefährlicher Jugendlicher ist dabei teilweise mit einem Raumfetischismus verknüpft. Mit dem Übertragen von bestimmten sozialen Problemen (z.B. Kriminalität) auf räumliche Ausschnitte wird der Raum als ursächlich für diese Probleme konstituiert. Diese abgegrenzten (Stadt-)Räume werden entsprechend Ziel raumorientierter Politikansätze, die zur Aufwertung, Stabilisierung und zur Sicherheit der Stadträume beitragen sollen (BELINA 2006; GLASZE et al. 2005). So sind auch die Großwohnsiedlungen Marzahn und Gropiusstadt Gegenstand von Maßnahmen der Kriminalprävention für „besonders belastete Quartiere“ (Eigenes Interview – Berliner Landeskommission gegen Gewalt) oder des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt sowie des daran gekoppelten E&C-Programms (Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten).

Die sozialpolitischen, integrativen und Präventionsmaßnahmen, die auf Jugendliche und zunehmend auch auf deren Eltern abzielen, reduzieren sich quer zu allen untersuchten Organisationen auf den Bereich der Bildung und Erziehung. Ziel ist die Verbesserung von Bildung und sozialer Kompetenz, um die Zugangschancen für den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Zudem werden Forderungen und Maßnahmen

zum Spracherwerb nicht nur für jugendliche Einwanderer artikuliert. Im Rahmen von kriminal- und gewaltpräventiven Maßnahmen für Kinder und Jugendliche in „belasteten Stadtteilen“ werden beispielweise Anti-Gewalt-Training sowie die Vermittlung von demokratischen Werten und Rechten thematisiert. In besonderen Veranstaltungen beispielsweise von Präventionsbeauftragten der Polizei in Schulen oder in Veranstaltungen im Rahmen des Berliner Rechtskunde-Pakets für Haupt-, Real- und Gesamtschulen in „Kriminalitätsschwerpunkten“ sollen „die Jugendlichen ... Gesetze als Ausdruck einer inneren Werteordnung der Gesellschaft und des Zusammenlebens wahrnehmen“ (STIFTUNG SPI 2009).

Im letzten Kapitel dieses Beitrags soll nun abschließend der Frage nachgegangen werden, wie im Sprechen über diese Politiken und der mit der Reartikulation der fremden und gefährlichen Jugendlichen einhergehenden Abgrenzung eines Eigenen zu einem Anderen eine Wir-Identität hergestellt wird.

### 5.3 Sedimentierung einer „deutschen“ Wir-Identität

Auf städtischer Ebene wird organisationsübergreifend vor allem im Zusammenhang mit den oben beschriebenen Maßnahmen und Programmen eine Wir-Identität in Abgrenzung zu gefährlichen und fremden Jugendlichen konstituiert. Mit der Verlagerung der Sprecherposition auf die städtische Ebene geht teilweise eine Bedeutungsverschiebung von Großwohnsiedlungen als bedrohliche Orte des Anderen einher, wie der folgende Interviewausschnitt zeigt: „Also wenn man mit fremden Menschen zu tun hat, wo man die Sprache nicht versteht und die mal nur laut gestikulierend auf der Straße rumstehen, das als bedrohlich empfunden wird, dabei unterhalten sie sich über die letzten Fußballergebnisse ... oder was auch immer. ... Es gibt auch tatsächlich ... eine ganze Reihe an Überfällen .... Das ist also hier Gang und gebe, dass man damit rechnen muss, ... wenn also eine Gruppe von anderen einem entgegen kommt. Zum Teil sind dies auch gar nicht Jugendliche, die hier [in der Gropiusstadt] wohnen. Zum Teil kommen die auch aus Nordneukölln gezielt in den Süden, weil sie denken hier gibt es mehr zu holen.“ (Eigenes Interview – Jugendamt Neukölln)

In diesem Zitat lassen sich zwei Abgrenzungsprozesse beobachten: Erstens werden hier Jugendliche wiederum als kulturell anders und deshalb als fremd und bedrohlich hergestellt. Andererseits erfolgt hier eine Abgrenzung gegenüber einem räumlichen Außen, hier am Beispiel Nordneuköllns. Großwohnsiedlungen erscheinen nicht mehr als bedrohliche Orte des gesellschaftlichen Außen, sondern werden als Orte des gesellschaftlichen Eigenen hergestellt, indem sie durch ein Außen bedroht werden. Dieses Außen ist wiederum an fremde Jugendliche gekoppelt.

Besonders deutlich wird die Konstitution einer Wir-Identität im Sprechen über Integrationsmaßnahmen, die auf „zugezogene Einwandererfamilien mit einem hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen“ (Eigenes Interview – Quartiersmanagement Gropiusstadt) abzielen, und eine Anpassung an eine „deutsche Gesellschaft“ einfordern: „Wichtig ist, dass diese Migranten den Kontakt zur deutschen Gesellschaft suchen und die hierfür notwendigen Voraussetzungen erwerben. Hierzu gehören das Erlernen der deutschen Sprache und das Vertrautmachen mit und das Akzeptieren des hiesigen Systems und unseren Werten.“ (S.T.E.R.N 2007)

Mit dieser Abgrenzung der „deutschen Gesellschaft“ von einem Anderen und der Verortung der Ursachen der Desintegration in den individuellen Defiziten – mangelnde Sprachkompetenz, Bildung und Initiative – der Jugendlichen und Migranten geht ein moralischer Druck an sie einher. So wird in den politischen Äußerungen vielfach ein Aktivierungsimperativ (LANZ 2009) artikuliert und ein „Fordern und Fördern“ (Eigens Interview – Jugendamt Marzahn) der Jugendlichen und Eltern benachteiligter Stadtteile geäußert. An sie ergeht damit ein fordernder Appell sich eigeninitiativ zum Wohle der „deutschen Gesellschaft“ zu bilden und zu integrieren.

Die Konstitution einer hegemonialen Wir-Identität einer „deutschen Gesellschaft“ vollzieht sich quer zu allen städtischen Organisationen in einem Antagonismus zu einem national, kulturell und ethnisch Anderen – den fremden und gefährlichen Jugendlichen. Dieses Andere wird von der Seite der Wir-Identität – einer moralischen Autorität – „angerufen“, wodurch ein moralischer Druck erzeugt wird. Die Identitäten werden in spezifischen Politiken und Maßnahmen reartikuliert, folglich die „deutsche“ Wir-Identität sedimentiert.

## 6 Zusammenfassung und Fazit

Am Beispiel der diskursiven Verschränkung von Großwohnsiedlungen und Jugendlichen in Deutschland konnte gezeigt werden, dass die Verknüpfung von räumlichen (hier/dort) mit sozialen Grenzziehungen (fremd/vertraut, gefährlich/ungefährlich) konstitutiv für die diskursive Herstellung von Räumen und gesellschaftlichen Strukturen ist. Die Untersuchung baut auf der Diskurstheorie von LACLAU und MOUFFE auf und operationalisiert das Konzept der Artikulation als regelmäßige sprachliche Verknüpfungen in Printmedien sowie Interviews und Dokumenten städtischer Organisationen. So konnten anhand lexikometrischer und kodierender Verfahren spezifische Konstitutionen von Jugendlichen im Kontext ost- und westdeutscher Großwohnsiedlungen herausgearbeitet werden. Das für die Identitätskonstitution notwendige konstitutive Außen erhält dabei auf unterschiedlichen Ebenen verschiedene Gesichter „gefährlich fremder“ beziehungsweise „rechter“ Jugendlicher. Hier wird deutlich, dass diese Verknüpfungen räumlicher mit sozialen Grenzziehungen kontingent, d.h. in bestimmten historischen Momenten unter bestimmten gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen hegemonial sind.

Die kombinierte Analyse einer Medienebene und einer Ebene städtischer Organisationen kann darüber hinaus Rückschlüsse über bestimmte Sedimentierungen des Diskurses – die Reartikulation von Artikulationsmustern in städtischen Organisationen – sowie über besondere städtische oder lokale Ausdifferenzierungen eines Diskurses liefern. So wurde beispielsweise eine Identifizierung von gesellschaftlich Nicht-Sagbaren ermöglicht, wie die Hinweise auf das Tabuthema „rechter Jugendgewalt“ in lokalen Organisationen Marzahns andeuten.

Am Beispiel der Analyse städtischer Organisationen und ihrer Äußerungen über Politiken im Umgang mit „gefährlichen“ Jugendlichen konnte außerdem gezeigt werden, wie in diesen Aussagen eine „deutsche“ Wir-Identität – eine moralische Autorität – konstituiert wird. Den politischen Maßnahmen kommt damit neben der „Anrufung“ des Anderen die Funktion der Identitätskonstitution einer Wir-Identität

einer Gesellschaft zu, wodurch zur Verfestigung bestehender gesellschaftlicher Machtverhältnisse beigetragen wird. „Jugendliche“ dienen dabei als Vehikel für die Bezeichnung von Fremdheit.

### Literatur u. Quellen

- BAKER, P., C. GABRIELATOS, M. KHOSRAVINIK, M. KRZYŻANOWSKI, T. MCENERY u. R. WODAK 2008: A useful methodological synergy? Combining critical discourse analysis and corpus linguistics to examine discourses of refugees and asylum seekers in the UK press. In: *Discourse & Society* 19, 3, S. 273–306.
- BELINA, B. 2006: Raum, Überwachung, Kontrolle: vom staatlichen Zugriff auf städtische Bevölkerung. Münster.
- BEZIRKSAMT 2006 = Bezirksamt Neukölln von Berlin, Abteilung Jugend - Region Südost (Hrsg.) 2006: Jugendhilfeberichterstattung 2006. Internet: <http://www.berlin.de/ba-neukoelln/verwaltung/jugend/regso.html> (24.07.2008).
- BOECKER, A. 2002: Verwüstungen und Schändungen sind Alltag. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 19.03.2002, S. 11.
- BRAILICH, A., M. GERMES, H. SCHIRMEL, G. GLASZE u. R. PÜTZ 2008: Die diskursive Konstitution von Großwohnsiedlungen in Frankreich, Deutschland und Polen. In: *Europa Regional* 16, 3, S. 113–128.
- BRAILICH, A., M. GERMES, H. SCHIRMEL, G. GLASZE u. R. PÜTZ 2010: Großwohnsiedlungen als bedrohliche und bedrohte Orte: Sicherheitsdiskurse in Deutschland, Frankreich und Polen. In: SOEFFNER, H.: *Unsichere Zeiten. Herausforderungen gesellschaftlicher Transformationen*. Wiesbaden (im Druck).
- BUBENHOFER, N. 2008: Diskurse berechnen? Wege zu einer korpuslinguistischen Diskursanalyse. In: WARNKE, I. (Hrsg.): *Methoden der Diskurslinguistik. Sprachwissenschaftliche Zugänge zur transtextuellen Ebene*. Berlin, S. 1–28.
- DEUTSCHER BUNDESTAG 1994: *Großsiedlungsbericht 1994*, Bonn: Bundesanzeiger, 12/8406.
- DUNNING, T. 1993: Accurate Methods for the Statistics of Surprise and Coincidence. In: *Computational Linguistics* 19, 1, S. 61–74.
- DZUDZEK, I., G. GLASZE, M. MATTISSEK, H. SCHIRMEL 2009: Verfahren der lexikometrischen Analyse von Textkorpora. In: GLASZE, G. und A. MATTISSEK (Hrsg.): *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Bielefeld, S. 233–260.
- FEDERBUSCH, K. 1997: *GropiusStadt. Entstehung und Entwicklung der Berliner Großsiedlung Kassel*.
- FLADE, A. 1996: Zur öffentlichen Sicherheit in den ostdeutschen Großsiedlungen. In: *Monatsschrift Kriminologie* 79, 2, S. 114–124.
- GERMES, G. u. G. GLASZE 2010: Die *banlieues* als Gegenorte der *République*. Eine Diskursanalyse neuer Sicherheitspolitiken in den Vorstädten Frankreichs. In: *Geographica Helvetica* (im Druck).
- GLASZE, G., S. HUSSEINI u. J. MOSE 2009: Kodierende Verfahren in der Diskursforschung. In: GLASZE, G. u. A. MATTISSEK (Hrsg.): *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Bielefeld, S. 293–314.
- GLASZE, G. u. A. MATTISSEK 2009: Diskursforschung in der Humangeographie: Konzeptionelle Grundlagen und empirische Operationalisierungen. In: GLASZE, G. u. A. MATTISSEK (Hrsg.): *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Bielefeld, S. 11–59.
- GLASZE, G. u. R. PÜTZ 2007: Sprachorientierte Handlungsansätze in der Humangeographie nach dem *linguistic turn*. In: *Geographische Zeitschrift* 95, 1/2, S. 1–4.

- GLASZE, G., R. PÜTZ u. M. ROLFES 2005 (Hrsg.): Diskurs – Stadt – Kriminalität. Städtische (Un-)Sicherheiten aus der Perspektive von Stadtforschung und Kritischer Kriminalgeographie. Bielefeld.
- HAJER, M. A. 1993: Discourse Coalitions and the Institutionalization of Practices: The Case of Acid Rain in Great Britain. In: FISCHER, F. u. J. FORESTER (Hrsg.): The Argumentative Turn. Durham, London, S. 43–76.
- HANSEN, A.D. u. E. SORENSEN 2005: Polity as Politics: Studying the Shaping and Effects of Discursive Politics. In: HOWARTH, D. u. J. TORFING (Hrsg.): Discourse Theory in European Politics. Identity, Policy and Governance. New York, S. 93–116.
- KABISCH, S. u. M. BERTN 2006: Ostdeutsche Großwohnsiedlungen zwischen Stabilisierung und Niedergang. In: DISP 42, 164, S. 5–15.
- KNEER, G. 2008: Institution/Organisation: Über die Paradoxie des Organisierens. In: MOEBIUS, S. u. A. RECKWITZ (Hrsg.): Poststrukturalistische Sozialwissenschaften. Frankfurt am Main, S. 124–140.
- KRONWITER, T. 1997: „Der Club“ ist wieder aufgepeppt. In: Süddeutsche Zeitung vom 23.09.1997, S. 40.
- LACLAU, E. u. C. MOUFFE 1985: Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics. London, New York.
- LANZ, S. 2009: In unternehmerische Subjekte investieren. Integrationskonzepte im *Workfare*-Staat. Das Beispiel Berlin. In: HESS, S., J. MOSER u. J. BINDER (Hrsg.): No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld, S. 105–121.
- MATTISSEK, A. 2008: Die neoliberale Stadt. Diskursive Repräsentationen im Stadtmarketing deutscher Großstädte. Bielefeld.
- NONHOFF, M. 2006: Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt „Soziale Marktwirtschaft“. Bielefeld.
- OTTERSBUCH, M. 2004: Jugendliche in marginalisierten Quartieren: ein deutsch-französischer Vergleich. Wiesbaden.
- OTTERSBUCH, M. u. T. ZITZMANN 2009 (Hrsg.): Jugendliche im Abseits. Zur Situation in französischen und deutschen marginalisierten Stadtquartieren. Wiesbaden.
- O.V. 2005: Leben am Rand. In: Süddeutsche Zeitung vom 08.11.2005, S. 38.
- SCHNEIDER, J. 1999: Wildern im Artenschutzgebiet. In: Süddeutsche Zeitung vom 23.05.1999, S. 3.
- SCHREIBER, V. 2005: Regionalisierungen von (Un-)Sicherheit in der Kommunalen Kriminalprävention. In: GLASZE, G., R. PÜTZ u. M. ROLFES (Hrsg.): Diskurs – Stadt – Kriminalität. Städtische (Un-)Sicherheiten aus der Perspektive von Stadtforschung und Kritischer Kriminalgeographie. Bielefeld, S. 59–103.
- SCHREIBER, V. 2007: Lokale Präventionsgremien in Deutschland. Frankfurt/M.
- SOMERS, M.R. 1994: The Narrative Constitution of Identity: A Relational and Network Approach. In: Theory and Society 23, 5, S. 605–649.
- SORENSEN, E. u. J. TORFING 2007: Theoretical approaches to democratic network governance. In: SORENSEN, E. u. J. TORFING (Hrsg.): Theories of democratic network governance. Basingstoke, S. 233–246.
- S.T.E.R.N. GmbH und FIPP e.V. (Hrsg.) 2007: Integriertes Handlungskonzept 2007 für das QM-Gebiet Lipschitzallee/Gropiusstadt. Internet: <http://www.qm-gropiusstadt.de> (12.09.2007).
- STIFTUNG SPI 2009: Die Programmagentur Rechtskundepaket. In: Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei. Infoblatt Nr. 50, abrufbar unter [http://www.stiftung-spi.de/sozraum/sr\\_rechtskunde.html](http://www.stiftung-spi.de/sozraum/sr_rechtskunde.html) (Zugriff: 20.11.2009).
- SÜDDEUTSCHER VERLAG GmbH (Hrsg.) 2007: 13 Jahre Süddeutsche Zeitung auf DVD. Alle Jahrgangs-CD-ROMs der Süddeutschen Zeitung auf der 13-Jahres-DVD 1994–2006. München.